

# Bietet der Zuzug vor allem Chancen?

Die renommierten Sozialwissenschaftler Boris Nieswand und Werner J. Patzelt erörtern in der Böhme-Zeitung ihre Standpunkte



Chance oder Risiko? Der Zuzug von Flüchtlingen polarisiert die Menschen in Deutschland.

Foto: dpa

bz Soltau. Es ist die größte Herausforderung für die Gesellschaft seit der deutschen Wiedervereinigung: Der Zuzug von Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten beschäftigt Politiker, Behörden und ehrenamtliche Helfer seit Monaten und bringt diese an den Rand der Belastbarkeitsgrenze, manchmal auch darüber hinaus. Doch bringt der Zuzug von Menschen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und anderen Regionen der Welt mittelfristig auch große Chancen für unsere alternde Gesellschaft mit sich? Oder überwiegen doch die Risiken? Ist die Herausforderung zu groß, das „Wir schaffen das“

der Bundeskanzlerin mehr Wunsch als Wirklichkeit? Die Böhme-Zeitung hat zwei renommierte Sozialwissenschaftler nach ihrer Meinung gefragt, den Tübinger Soziologen Boris Nieswand und den Dresdener Politologen Werner J. Patzelt. Wie sieht Ihre Meinung zum Thema Flüchtlingskrise aus? Schreiben Sie Ihren Beitrag an die Böhme-Zeitung, Harburger Straße 63 in 29614 Soltau oder per E-Mail an [redaktion@boehme-zeitung.de](mailto:redaktion@boehme-zeitung.de). Die Fragen und Meinungen, die uns in dieser Woche erreicht haben, werden von uns zeitnah bearbeitet und veröffentlicht.



## Pro: Investition in die Zukunft

Deutschland sollte seine Grundwerte nicht aushöhlen lassen

Von Boris Nieswand

Die Chancen der derzeitigen Flüchtlingssituation zu sehen, erfordert einen Weitblick, wie er im tagespolitischen Geschäft oft genug verloren geht. Die größte Chance besteht darin, dass Deutschland sich in einer der größten globalen Krisen seit 1945 als stabiler und demokratischer Staat beweisen kann, für den die Menschenrechte auch in schwierigeren Zeiten einen Wert an sich darstellen.

Deutschland kann zeigen, dass man Grundwerte nicht indirekt von der Politik der Vertreibung des sogenannten Islamischen Staats und den flüchtlingsfeindlichen

Tendenzen innerhalb Europas aushöhlen lässt. Ein allgemeiner Niedergang der Menschenrechte, wie die Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt ihn in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch als Ergebnis der Flüchtlingskrisen dieser Zeit gesehen hat, kann heute verhindert werden. In einer Demokratie bedarf es dazu nur einer Mehrheit, die sich nicht dazu verführen lässt, ihn in Kauf zu nehmen.

Aber dies, mögen einige einwenden, ist naiver Idealismus, den Deutschland sich finanziell nicht leisten kann. Darauf kann man entgegnen, dass die Flüchtlingssituation in Deutschland auf eine sehr günstige wirtschaftliche Situation trifft, so dass diese finanziell gestemmt werden kann. Kosten werden aber nur in den ersten Jahren anfallen. Mittel- und langfristig, so ist in der Migrationsforschung gut belegt, schrumpft der Wohlstandskuchen durch Einwanderung nicht, sondern er wird größer. Wirtschaftliches Wachstum bedeutet auch mehr Arbeitsplätze und mehr Geld für Wohnungsbau. Deutschland ist nicht trotz, sondern auch wegen der Migration der Vergangenheit eines der wirtschaftsstärksten Länder der Welt.

Darüber hinaus wird der demografische Wandel in den kommenden Jahrzehnten an Fahrt gewinnen. Die Bevölkerungsprognosen des Statis-

tischen Bundesamtes gehen davon aus, dass die Bevölkerung Deutschlands von circa 81 Millionen auf 70 Millionen Personen im Jahre 2060 sinken wird. 39 Prozent der Bevölkerung wird dann 60 Jahre und älter sein. Diese Prognosen kalkulieren bereits ein, dass ab 2020 durchschnittlich 200 000 Menschen pro Jahr zuwandern müssen, um den Arbeitskräftebedarf annähernd zu decken. Wo diese Menschen herkommen sollen, ist völlig unklar.

### Kluge Integrationspolitik

Vor diesem Hintergrund erscheinen die Flüchtlinge in Deutschland wie eine Investition in die Zukunft. Ihre Kinder werden, wenn der Arbeitskräftemangel immer drängender wird, auf Schulen, in Betrieben und auf Universitäten in Deutschland ausgebildet sein. Sie werden dazu beitragen, die Renten für die alternde deutsche Bevölkerung zu bezahlen. Jetzt Zuwanderung auch in großen Zahlen zuzulassen, bedeutet, in 20 Jahren weniger davon abhängig zu sein, wenn viele der schrumpfenden Länder Europas um Arbeitskräfte konkurrieren werden. Diese Rechnung geht aber nur auf, wenn man jetzt eine kluge Integrationspolitik betreibt. Dabei handelt es sich nicht um eine milde Gabe, sondern um eine nachhaltige Investition in die Zukunft.

## Contra: Guter Wille reicht nicht

Die Träumereien der Politik untergraben das Vertrauen in den Staat

Von Werner J. Patzelt

Es ist gut, dass unser Land weltweit offen sein will, Schutzsuchende aufnimmt und vielen das Angebot macht, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Das kann auch uns selbst nutzen: Bürgersinn wächst in praktizierter Willkommenskultur; Einwanderer schließen Lücken in den Reihen von Auszubildenden, Facharbeitern, Ingenieuren, Pflegern und Ärzten, die wir durch allzu häufigen Verzicht auf Kinder entstehen lassen; neue Mitbürger brechen verkrustete Strukturen auf und öffnen neue Entwicklungspfade. Doch es reicht nicht, sich Chancen nur auszumalen. Man muss sie auch praktisch entstehen lassen und dann nutzen. Beides stellt vor Herausforderungen, die sich mit gutem Willen allein nicht bestehen lassen.

Erstens dürfen wir den Fortbestand unserer Willkommenskultur nicht gefährden. Doch dazu wird es kommen, wenn sich die Zahl der aufzunehmenden und zu beherbergenden Schutzsuchenden nicht verringert, aller gute Willen also absehbar nicht ausreicht, unseren eigenen Maßstäben beim Umgang mit Geflüchteten gerecht zu werden. Dazu wird es auch kommen, wenn Lasten und Nutzen der Zuwanderung sich unfair verteilen. Solche Ungerechtigkeit aber entsteht, wenn private Sicherheitsunternehmen, Caterer, Bauunternehmer, Vermieter und auf Flüchtlingsrecht spezialisierte Anwälte schöne Profite machen, Steuermeihin-

nahmen aber – vielleicht mehr noch als den Geflüchteten – vor allem ihnen zugutekommen und außerdem in absehbarer Zeit die Steuern und Sozialabgaben erhöht werden müssen, um die Folgekosten für in unseren Arbeitsmarkt nicht integrierbare Flüchtlinge zu tragen.

Zweitens dürfen wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land nicht gefährden. Dazu aber wird es kommen, wenn zu viele Einwanderer in zu kurzer Zeit in Gegenden gebracht werden, wo es an für menschenwürdig erachteten Wohnungen, an Arbeitsplätzen und Leuten fehlt, die beim Sichbehelfen helfen. Dazu wird es auch kommen, wenn Zuwanderer anfangen, gegen ihre ganz unerwartet schlechten Lebensumstände in Deutschland zu protestieren, und wenn sie – wie durchaus zu erwarten ist – damit beginnen, aus den Herkunftsländern mitgebrachte Konflikte hier auszutragen. Und dazu wird es kommen, wenn sich die deutsche Gesellschaft über den Schwierigkeiten ihres Wandels zu einem Einwanderungsland zutiefst zwischen „Guten“ und „Bösen“, zwischen „Anständigen“ und „Rassisten“ zerstreitet – statt einen wechselseitig respektvollen, ergebnisoffenen und pragmatisch gesinnten Diskurs zu führen.

Drittens dürfen wir den Glauben an die Wirksamkeit unserer Demokratie ebenso wenig gefährden wie deren Stabilität. Dazu aber wird es kommen, wenn die politisch-mediale Klasse weiterhin solche Bürger wie üble Charaktere

oder Dummköpfe behandelt, die sich ob eines ungedrosselten Einwanderungsgeschehens Sorgen machen und darüber empören, dass ausgerechnet unser auf sein Verwaltungskönnen so stolzer Staat sich jetzt nicht mehr in der Lage sieht, die Anzahl, Aufenthaltsorte und beruflichen Qualifikationen der seit dem letzten Herbst so unglaublich vielen Zugewanderten ausfindig zu machen. Erst recht untergräbt es das Vertrauen in unseren Staat und fördert das Aufkommen wenig staatstragender Parteien, wenn dessen Politiker dennoch nicht müde werden zu behaupten, Gefahren für die innere Sicherheit gingen ausgerechnet von jener Einwanderung nach Deutschland nicht aus, die zu drosseln sie sich gleichzeitig für außer Stande erklären.

Stellen wir uns diesen Herausforderungen – auch wenn sie uns aus manchen Träumen wecken!



Professor Werner J. Patzelt ist Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden.



Boris Nieswand ist Juniorprofessor für Soziologie mit Schwerpunkt transnationaler Kulturvergleich und Migration an der Universität Tübingen.

Zeitliche Notunterkünfte

